Antrag

der Abgeordneten Dr. Helga Krismer-Huber, Dr. Madeleine Petrovic, Amrita Enzinger Msc, Emmerich Weiderbauer

betreffend „**Keine Schiefergas-Bohrungen im Weinviertel“**

Begründung

Die OMV startete jüngst das Projekt „Schiefergas-Bohrungen“ im Weinviertel mit der ersten BürgerInnen-Informationsveranstaltung seit Bekanntwerden der Vorkommnisse und der Pläne zum Abbau des Gases. Dabei wurde erklärt, dass an Stelle der herkömmlichen Fracking-Methode zur Förderung des Schiefergases aus 4500-6000m Tiefe an der Montan-Universität Leoben an einem neuen umweltfreundlicheren Verfahren gearbeitet wird, welches ohne Chemikalien auskommen soll.

Über dieses Verfahren stehen allerdings der Bevölkerung keinerlei Unterlagen und Informationen zur Verfügung, niemand weiß genau wie die Methode konzipiert ist, ob sie überhaupt geeignet ist, das schwer förderbare Schiefergas aus der Erde an die Oberfläche zu transportieren und welche Nebenwirkungen sie für die Umwelt hat. Diese völlig unerprobte Förder-Methode soll in einem Versuchsprojekt im Weinviertel mit Beginn spätestens Sommer 2013 getestet werden, die Folgen sind somit für niemanden absehbar.

Umweltschädigend und gesundheitsgefährdend ist die Förderung von Schiefergas in jedem Fall. Das zur Förderung benötigte, tief in die Erde gepumpte Wasser, kontaminiert mit Schwermetallen, Radionukliden und Kohlenwasserstoffen, muss an der Oberfläche entsorgt bzw. von Verschmutzungen gereinigt werden. Es stellt sich die Frage, wo diese Verunreinigungen hingelangen. Die Gefahr, dass durch lecke Stellen das Grundwasser verunreinigt wird, kann nicht gebannt werden, eine Tatsache, die auch durch Erfahrungsberichte aus anderen Ländern bestätigt wird.

Im Übrigen entspricht der Abbau von Schiefergas weder der Energiestrategie der Republik noch des Landes.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Niederösterreichische Landtag spricht sich klar gegen das Projekt der OMV betreffend Schiefergas-Bohrungen im Weinviertel aus und fordert die Niederösterreichische Landesregierung auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen um diese zu verhindern.“

Der Herr Präsident wird ersucht den Antrag dem Umweltausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.